

Name
PDF erstellt
Ausgabe
Erscheint am

doppelbeitrag komm
30.08.2021 15:19:42
rhp-kai
26. August 2021

Benutzername :
Ressort
ErstellVon

grosse
poli ()
hofferk

KOMMENTAR

Längst überfällig

VON KLAUS HOFTER

Spät hat Berlin das Desaster bei Direktversicherungen erkannt. Doch statt Entlastung gab's bisher nur Almosen. Die neue Regierung muss dies ändern.

Schon lange ist klar, dass die monatliche Rente künftiger Generationen schmaler wird. Das Mantra der Politik: Beschäftigte sollen privat vorsorgen. Dies wird zum Teil gefördert. Doch bei Direktversicherungen hat Berlin Millionen Versicherte betrogen. Mit der Gesundheitsreform 2004 hat die rot-grüne Regierung mit Hilfe der Union die Sozialabgabenpflicht auf diese Policen eingeführt, um den weiland klammen Kassen Millionenbeträge zuzuschustern. Aber – das ist beispiellos und dreist – auch rückwirkend für Altverträge, für die zugesagt war, dass sie abgabenfrei sind. Und auf die Summen, die in solche Verträge flossen, wurden schon Abgaben gezahlt.

Nach zunehmenden Protesten von Ruheständlern und solchen in spe

bekam die Regierung 2020 eine leise Ahnung davon, welchen Flurschaden das Thema anrichten kann und dass etwa elf Milliarden Euro nötig wären, um den Wortbruch zu heilen. Statt der von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) angekündigten spürbaren Entlastung wurde aber nur die Freigrenze durch einen Freibetrag von 159 Euro ersetzt, ab dem dann Kassenbeiträge zu zahlen sind. Lächerlich gering im Vergleich zu den Zehntausenden Euro, die Betroffene zahlen müssen. Doch CDU und SPD heucheln diesen gegenüber zwar weiter Verständnis, ignorieren berechnete Forderungen aber beharrlich. Angesichts der Milliardensummen, die in der Pandemie verteilt werden, sollten die elf Milliarden für Rentner auch leistbar sein.